Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thaler 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße № 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal erscheint.

Breslauer Zeitung.

No. 190. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Montag den 23. April 1860.

Preußen.

K. C. **40. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.**

Präsident Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. — Am Ministertische sämmtliche Minister, außer v. Auerswald und v. d. Heydt; als Regierungs-Kommissarius Geh. Rath Abeken. Die Tribünen sind wieder gefüllt; in der Hofloge Prinz Friedrich Wilhelm.

Vor der Tagesordnung überreicht der Finanzminister an Stelle des durch Unwohlsein verhinderten Handelsministers dem Hause einen mit der nassauischen Regierung abgeschlossenen Vertrag über die Eisenbahnen zwischen Köln-Wetzlar und Köln-Gießen zur verfassungsmäßigen Zustimmung. Der Finanzminister fügt hinzu, daß nach längeren Differenzen diese Eisenbahn-Verträge in einer für die preußische Regierung befriedigenden Weise abgeschlossen worden und daß der Bau einer feststehenden Rheinbrücke zwischen Koblenz und Ehrenbreitstein bald in Angriff genommen werden solle. — Der Gesetzentwurf geht an die vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle.

Der erste Redner über die gestern abgebrochene Verhandlung wegen der hessischen Frage ist

Abg. v. Berg. Meine Herren. Die hohe Bedeutung des zur Debatte stehenden Antrages liegt darin, daß das jetzige Ministerium ein Vertrauens-Votum dafür erhalten soll, daß es in der deutschen Politik von dem Systeme des vorigen Ministeriums abgewichen ist und ein gerade entgegengesetztes System angenommen hat. Das vorige Ministerium hat durch die Verachtung des Rechtszustandes im Innern und durch die Versäumniß der Pflichten, welche Preußen als Schützer des Rechtes in Deutschland hat, Preußens Stellung in Deutschland zum Sinken gebracht, und ich hoffe, daß je geringer die Minorität gegen den Antrag der Kommission in diesem Hause sein wird, desto größer die Hoffnung Deutschlands erwachsen wird, an Preußen wieder einen Beschützer des Rechts zu haben. (Große Zustimmung rechts.) Ich wende mich zuerst an den Abg. v. Blankenburg. Derselbe weist verschiedene Parteien als seine Bundesgenossen zurück, unter anderen auch eine Partei, welche er nicht so genau bezeichnet hat, daß ich weiß, wen er meint. Ich acceptire aber seinen Angriff als gegen die demokratische Partei und gegen mich gerichtet und kann nur erwidern, daß seine Rede mich an verschiedene Reden von 1848 und 1849 erinnerte, wo jeder Redner das Thema vom Pharisäer variirte, welcher sich glücklich schätzte, besser zu sein, als die andern. (Allgemeine Heiterkeit.) Die demokratische Partei hat nicht den Marsch geschlagen zur Wanderung nach Olmütz, nach Warschau und zur Schlacht bei Bronzell. Ich glaube, die damalige Regierung hätte besser gethan, die von der frankfurter Nationalversammlung angetragene Krone Deutschlands zu acceptiren, und nachdem dies geschehen, die dadurch erlangte Macht zu Gunsten der deutschen Völker und natürlich nicht zu Gunsten der deutschen Regierungen zu verwerthen.

Es ist bei uns in Preußen ebenso geschehen, wie in Hessen, eine Verfassung ist octroyirt worden; es hat eine Rechtsverletzung im Innern des Staates stattgefunden. Der wesentliche Unterschied ist aber der, daß wir Preußen diesen Rechtsbruch ertragen haben, weil wir zu dem Gerechtigkeitssinn der Hohenzollern, der sich nie verleugnet, niemals auf die Dauer ausbleibt, vertraut haben. (Bewegung und Zustimmung im Hause.) Die Hessen haben einem solchen Vertrauen nicht hingeben können, und es ist bezeichnend genug, daß in Hessen der Kampf gerade um den Staatsschatz, den Rest des Blutgeldes, auf dem die Verachtung des Auslandes ruht, entbrannt ist. Dies muß ich gegen den Abg. Reichensperger geltend machen, welcher den hessischen Conflict als durch die Schuld der Ständeversammlung entstanden dargestellt hat, und ich muß bei dieser Gelegenheit noch ganz besonders hervorheben, daß der Conflict in Hessen solch große Dimensionen deswegen erreichte und die Kraft des Ministeriums Hassenpflug als so schwach erscheinen ließ, weil nach uralter hessischer Verfassung die hessischen Richter kein Gesetz als gegeben ansehen konnten, das ohne Zustimmung der Stände erlassen war, weil es gegen jedes Unrecht gerichtlichen Schutz gab. (Bravo rechts.)

Ich gehe jetzt näher auf den Antrag selbst ein; ich muß zuvörderst meine Ansicht dahin aussprechen, daß der jetzige reactivirte Bundestag für mich nicht die geringste Gleichartigkeit mit dem 1848 zu Grabe getragenen Bundestage hat. Das Aufhören des alten Bundestages ist von den damaligen Landesvertretungen beschlossen worden, und über die Reactivirung des jetzigen Bundestages sind die deutschen Landesvertretungen nicht befragt worden. Der reactivirte Bundestag, ursprünglich aus einer Gesandten-Conferenz bestehend, ist faktisch, aber nicht von rechtswegen reactivirt worden. Gleichwohl verschließe ich mich nicht der Ueberzeugung, daß eine Centralgewalt da sein muß, weil Deutschland einmal das Bedürfniß derselben hat. Ich komme dabei auf die Lobsprüche zurück, die gestern dem alten Bundestage ertheilt sind. Meine Herren, was gestern über die Intervention des Bundestages in der braunschweiger Verfassungs-Angelegenheit gesagt ist, war eine glücklich gewählte Parallele. Ob der Bundestag sich damals über das klar gewesen ist, was er für die braunschweiger Verfassung und gegen den Herzog von Braunschweig gethan hat, ist mir zweifelhaft; denn der Bundestag hatte gar nicht Zeit, sich die Sache zu überlegen. Die Angelegenheit wurde in derselben Zeit, aber viel praktischer und kürzer in den Straßen der Stadt Braunschweig erledigt. (Allgemeine Heiterkeit.) Ob dem alten Bundestage noch sonst eine gute That nachgesagt werden kann, weiß ich nicht; es würde mir lieb sein, wenn man mir etwas anführen könnte. Was ich sonst von dem Rechte des alten Bundes weiß, das abstrahire ich mir aus den Bestimmungen des troppauer Congresses; und da ist erstens gesagt, daß der Bund interveniren soll, wenn irgendwo in dem Innern eines Staates eine Gewaltthat geschieht. Was aber unter unberechtigter Gewalt verstanden werden soll, ist nicht festgestellt; zweitens heißt es in den Bestimmungen des troppauer Congresses, daß in dem einen Bundeslande nicht Verfassungs-Bestimmungen eingeführt werden sollen, welche mit denen eines anderen in Widerspruch ständen, was mit anderen Worten heißt, wenn in einem Lande keine Preßfreiheit besteht, dann darf sie in einem anderen Lande nicht eingeführt werden.

Als die früheren Minister dem Könige riethen, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen — ich bedauere, daß der Mann nicht anwesend ist, welcher damals dem Könige diesen Rath gab, (Heiterkeit. — Die Blicke sämmtlicher Anwesenden richten sich nach dem Platze, den sonst der Ministerpräsident a. D. von Manteuffell als Abg. einnimmt.) und der Einzige seiner Anhänger, der hier auf der Tribüne gestanden hat, verläßt ihn auch und erklärt, nach Olmütz wolle er nicht mit, — damals erklärte der König, der Antrag der deutschen Kaiserkrone gebe ihm ein kostbares Anrecht. Nun aber hat kein Fürst ein Recht, ohne eine entsprechende Pflicht. Das, meine Herren, ist der tiefe Sinn des Wortes „von Gottes Gnaden", daß die fürstliche Macht aus der göttlichen Weltordnung stammt, in der es kein Recht giebt ohne Pflicht (sehr gut, rechts), daß das fürstliche Recht nur so lange Sinn hat, als die Grundlage der treuen Pflichterfüllung nicht erschüttert ist (Bravo). Mit jenem Worte des Königs übernahm Preußen die Pflicht, einzutreten für die Rechte der Fürsten nicht blos, sondern der Völker, die Pflicht, an die Stelle der deutschen Nationalversammlung zu treten, und die Pflicht, nicht untergehen zu lassen den Glauben und die Hoffnung der deutschen Einheit (Bravo). Dies heilige Wort ihres Königs hat die vorige Regierung nicht eingelöst; das ist eine ihrer schwersten Versündigungen. Es ist dies der Hauptgrund, warum Preußen keine Sympathien hat bei den deutschen Bevölkerungen. Daß bei den Regierungen Preußen keine Sympathien hat, ist naürlich genug; es geschieht nach der alten Regel, daß die Schwachen sich immer mit dem Zweitmächtigen verbinden. Wenn Oesterreich heut zu Tage einen solchen Beruf in Deutschland hätte, wie Preußen, dann würde sich ein eben solches Bündniß der Regierungen gegen Oesterreich bilden, wie es jetzt mit Oesterreich gegen Preußen besteht (Zustimmung rechts); denn die Liebe zu dem Zweitmächtigen ist nichts als der Haß gegen den Mächtigen (sehr gut, rechts).

Von den Gegnern des Kommissions-Antrages ist die Befürchtung ausgesprochen, daß das Vorgehen unserer Regierung in der hessischen Frage Spaltungen in Deutschland erregen werde. Ich sehe nur eine Gefahr, nämlich die, daß Preußen nicht energisch genug vorgeht. Bei jedem Schritt aber, den Preußen energisch in dieser Angelegenheit thut, wird das Mißtrauen gegen seine Kraft schwinden, und wenn man vom Rheinbund spricht, so bitte ich doch zu erinnern, daß der alte Rheinbund nicht in Paris, sondern in Basel geschlossen ist, in Paris ist er nur zu Papier gebracht. So weit ich Preußens Geschichte kenne, ist es nur dann kräftig aufgetreten, wenn es den Muth hatte, seine Bestimmung zu erfüllen, der Kern zu sein für die deutsche Nation. (Bravo rechts). Diesen Muth fordert auch heute der Stand der Dinge in Deutschland. Es geht mit Staaten eben so wie mit andern Wesen. Jedes Wesen muß die Bedingungen seiner Existenz erfüllen, sonst geht es zu Grunde. Wer nicht die Energie hat zu leben, der muß die Resignation haben, zu sterben. Ein anderer Einwand ist der, daß Oesterreich durch Preußen aus Deutschland herausgedrängt werden wird. Wäre das aber ein so großes Unglück? Wäre es nicht endlich an der Zeit, wenn Oesterreich sich da concentrirte, wo es seine Bestimmung zu erfüllen hat, im Süden? **„Wäre es denn ein Unglück, wenn Preußen und Oesterreich endlich einsehen, daß ihre Bestimmungen nach verschiedenen Richtungen liegen, aber zusammen erfüllt werden müssen."** (Sehr gut, sehr gut). — Endlich sind noch Gefahren geschildert, die vom Auslande drohen könnten. Die Gefahr ist immer größer, je größer die Angst ist. (Bravo). Je mehr Angst wir zeigen, desto schneller wird die Gefahr kommen. (Bravo). Rufen Sie nicht die Besorgniß vor der Gefahr wach, sondern das Vertrauen, welches jeder Angehörige eines so lebensfähigen Staates haben muß, daß es Kämpfe geben kann, die einen großen Theil der Kräfte abnutzen, Kämpfe, in denen die Gefahr des Unterganges dicht neben der Hoffnung des Sieges liegt, daß aber die Hoffnung des Sieges nur für den da ist, der selbst der Gefahr des Unterganges entgegen zu gehen sich nicht scheut. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Köln): Ich beginne damit, daß ich dem Vorredner aufrichtigen Dank sage für seine glänzenden Lobsprüche auf das Königsthum von Gottes Gnaden. Es drängen sich in der vorliegenden Frage nach dem Gange der Debatte so viele Reflexionen. Der Gegenstand ist so ernster Natur, daß es nicht zu verwundern ist, wenn die gestrige Sitzung nicht ausreichte. Ich meinerseits werde mich auf einzelne aphoristische Bemerkungen beschränken. Zunächst ist es meine Absicht, durch einige Bemerkungen die von dem Mitgliede für Geldern vorgeschlagene Resolution zu erläutern. Die Resolution enthält kein Urtheil über die kurhessische Frage, weil diese Frage unserer maßgebenden Entscheidung nicht unterliegt; sie ist blos ins Haus gebracht worden, damit das Haus seine Sentiments darüber ausdrücke. Der Abgeordnete für Geldern hat es gestern versucht, die Kehrseite der Medaille, die im Bericht der Commission nur obenhin berührt war, darzulegen; Herr Mathis scheint ihn mißverstanden zu haben, wenn er glaubte, daß es seine Absicht gewesen sei, alles Unrecht von der kurhessischen Regierung auf die Stände abzuwälzen. Das ist nicht der Fall; Herr Mathis schien etwas ab irato zu argumentiren. Herr Duncker erwähnte Baden und ließ sich namentlich über das dortige Concordat sehr scharf aus. Schon das Wort Concordat dient zum Schreckniß für eine ganze Klasse der Bevölkerung, ja für eine große Partei (Heiterkeit). Vergebens habe ich nach einem Grunde für diese weit getriebene Abneigung gesucht, denn Concordate haben in der Regel ja immer nur den Zweck, den Katholiken das zu geben, was Sie alle ihnen geben und erhalten wollen: Kirchlichkeit; sie tragen nur das Besondere an sich, daß sie diese Kirchlichkeit auf dem Wege des Vertrages, des Gesetzes feststellen. Ich wüßte nicht, daß dieser Unterschied geeignet sei, Furcht hervorzurufen; es müßte denn sein, daß man sich an die Existenz derjenigen stößt, welche Concordate nothwendig machen. Bekanntlich hat man lange Zeit die Kirche und den Papst für todt, für Leichen gehalten, aber ich kann mir nicht denken, daß bei einer so intelligenten Partei, wie die große liberale Partei ist, solche Anschauungen herrschen; ich glaube also, daß dies Argument uns nicht treffen kann. — Die kurhessische Frage anlangend, so erkläre ich, daß auch ich stets Sympathien für den wackeren, tüchtigen hessischen Volksstamm hegte, dessen Loyalität viele Generationen hindurch harte Proben bestanden hat. Seitdem ich dem öffentlichen Leben angehöre, habe ich stets, so weit die Umstände und meine Kräfte es zuließen, für verfassungsmäßiges Recht, für verfassungsmäßige Freiheit gestritten, und so werde ich es mit Gottes Hilfe noch weiter thun. Recht für Alle, Jedem sein Recht, das ist die Devise, an der ich festhalte.

Das Interesse Preußens und Deutschlands, insbesondere die Sicherheit des letzteren, darf der kurhessischen Frage nicht untergeordnet werden. Aehnliche Fälle sind schon oft, in der neueren und neuesten Zeit, da gewesen. Um an die schleswig-holsteinische Frage zu erinnern, die ja nächstens hier ebenfalls zur Verhandlung kommen wird, erwähne ich den Waffenstillstand von Malmö; als ich die stenographischen Berichte über die bezüglichen Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung durchlas, frappirte mich die Analogie der damaligen und der heutigen Situation. Die Frage jenes Waffenstillstandes, für den unser heutiger Antragsteller v. Vincke damals eine ritterliche Lanze brach, betraf einestheils das Recht Holsteins, anderntheils die Stellung Preußens und Deutschlands; er war abgeschlossen Namens des deutschen Bundes, und Herr v. Vincke vertheidigte ihn auf das lebhafteste; freilich war damals der deutsche Bund nicht so mit dem Haß des deutschen Volkes beladen, wie der Commissions-Bericht dies von dem jetzigen Bunde sagt.

In der Politik soll man niemals „niemals" sagen, am wenigsten hier, wo die Politik der Regierung auf einer künstlichen Auslegung des Bundesbeschlusses beruht. Ich glaube, die Regierung vergäbe ihrer Würde nichts, wenn sie ihre hohe Auktorität zur Geltung brächte, um ein Compromiß herbeizuführen. Mit einer Verfassung, wie sie jetzt den Hessen proponirt wird, läßt sich schon leben, ja ein gedeihliches, politisches Leben führen. Wir Preußen haben uns eine Oktroyirung gefallen lassen, und bei allem Respekt vor den Hessen, meine ich doch, daß sie keine Veranlassung haben, sich über das Preußenvolk zu erheben.

Im Laufe der Debatte hat sich ergeben, daß es sich weniger um die hessische, als um die deutsche Frage handle. Was ich geahnt, wurde mir jetzt zur Gewißheit; die kurhessische Frage sollte nur die Handhabe zur Behandlung und Förderung der deutschen Frage sein. Herr v. Carlowitz behauptete, alle Kommissions-Mitglieder seien im Grunde mit ihm einverstanden, nur daß sie mit geschlossenem, er mit offenem Visir kämpfe. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, mögen es die betreffenden Herren unter einander ausmachen, indeß scheint doch der Bericht der Kommission für die Annahme des Herrn v. Carlowitz einen ziemlichen Anhalt zu geben. Der Bericht spricht davon, „daß Preußen mit den verhaßten Traditionen des Bundestages brechen müsse"; das ist so ziemlich im Sinne des Hrn. v. Carlowitz. Also Bürgerkrieg, Bruderkrieg! (Unterbrechung rechts, Rufe oh, oh!) Wenn Sie meinen, daß solche Kombinationen auf dem Wege giltigen Arrangements zu Stande kommen können, dann ist Ihr „oh!" motivirt; ich von meinem Standpunkte bezweifle es. Das Wort Trennung, Ausscheidung ist schnell gesprochen. Was sich alles daran knüpft, was alles vorüber gehen muß, ehe die neue Gestaltung an die Stelle der alten treten kann, das sich auszumalen erheischt keine große Phantasie. Herr v. Carlowitz hat sein Ideal nicht näher bezeichnet, er hätte doch wenigstens in allgemeinen Lineamenten sagen sollen, wie Deutschland sich gestalten soll. Ich will eine Dichterstelle citiren und hoffe damit wenigstens etwas Populäres zu sagen: „Der Meister darf die Form zerbrechen, mit weiser Hand zu rechter Zeit, doch wehe, wenn in Flammenbächen das glühende Erz sich selbst befreit." Wo ist der Meister? Wer ist es? Es müßte doch interessant sein, darüber einigen Aufschluß zu erhalten. Allerdings bin ich mit Ihnen einverstanden, daß weder Oesterreicher noch Strafbaiern, aber ich besorge, daß eine andere Armee, eine Armee mit rothen Hosen, nicht die hessische, sondern die deutsche Frage zurecht legen wird. Das germanische Wesen ist zur Bildung eines Einheitsstaates, auch unter den günstigsten Verhältnissen, wenig geeignet. Von jeher hat es sich durch die Lust am Individuellen, Besonderen charakterisirt. Die Freude am Mannigfaltigen ist der Typus, der noch jetzt in England mit größter Prägnanz hervortritt. Nicht der Parlamentarismus charakterisirt England, sondern die Autonomie, der Stolz auf die Selbstregierung.

Es ist gestern erwähnt worden, daß Coburg und Gotha bis jetzt noch nicht zu einer Real-Union kommen konnten; erlauben Sie mir dazu eine kleine Reminiscenz. Als in Frankfurt Deutschland geeinigt werden sollte, trug es sich zu, daß plötzlich, wie Ernst gemacht werden sollte, Herren von der äußersten Linken ein jeder ein gutes Wort für sein Vaterland einlegten und glaubten, daß sein Haupt- und Residenzstädtchen gegründete Aussichten habe, von der Einheit ausgeschlossen zu werden. Dieser Grundzug ist nicht so leicht zu verwischen, die gezognen Kanonen müssen noch lange aufräumen, ehe sie die Race ändern können. Ludwig XIV. hat durch Durchführung des Satzes: L'Etat c'est moi! die Revolution vorbereitet, aber auch den Einheitsstaat hervorgerufen; es geschah dies auf Kosten der Freiheit, der individuellen Freiheit. Ich schwärme nicht für die gegenwärtige Organisation des Bundes (der von mir und meinen Freunden gestellte Antrag auf ein Bundesgericht würde, wenn durchgeführt, einen tiefen Einschnitt in diese Organisation machen); einstweilen ist der Bundestag aber das einzige Organ der deutschen Collektiv-Macht. Deutschland bedarf, wie ja auch Herr von Berg hervorhob, eines Organs, durch welches es nach außen hin repräsentirt wird. Jede Bresche in den Bau kann nur dazu dienen, um dem Feind das Eindringen zu erleichtern. Es ist uns gestern eine französische Recommandation für die Führung Deutschlands unter Preußen vorgelesen worden; dagegen sage ich: Timeo Danaos et dona ferentes. Die Organisation des Bundes ist eine deutsche Frage und sie kann nur gelöst werden, wenn Deutschland die Hände frei hat; jetzt ist dies nicht der Fall. Dann muß damit begonnen werden, wo die Uebereinstimmung am leichtesten, nicht da, wo sie von vornherein unmöglich ist. Es ist gesagt worden, daß Preußen, um der Mißachtung zu entgehen und um seiner Ehre willen sich von dem Bunde lossagen müsse; damit steht es aber anders. Es ist von mehreren Seiten hervorgehoben worden, daß es dem Einfluß Preußens zu verdanken sei, wenn den kurhessischen Ständen jetzt nicht unbedeutende Concessionen gemacht würden; Preußen scheint also doch nicht vom Bunde so ganz mundtodt gemacht worden zu sein. Wer die Reorganisation des Bundes und damit Deutschlands am thätigsten, schnellsten und uneigennützigsten befördert, der wird am Bund den größten Sieg davon tragen, und in Deutschland wahrhafte moralische Eroberungen machen. Darum handelt es sich um Reorganisation nicht Destruction. — Die Hessen würden ein schlechtes Geschäft machen, wenn sie auf den Rath eingingen, das Gebotene nicht anzunehmen. — Ich war schon in Frankfurt großdeutsch in dem Bewußtsein, daß dieß meiner Legalität als Preuße nicht den geringsten Eintrag thue; großdeutsch und österreichisch ist nicht identisch, nicht einmal synonym, wenigstens nicht in unserem Sinne. Man kann am Rhein nicht österreichisch sein; selbst wenn wir es könnten, würden wir es nicht wollen. Wir sind mit dem, was wir an politischer und religiöser Freiheit besitzen, zufrieden und hoffen durch Selbstverleugnung und Ausdauer das, was uns noch fehlt, erreichen zu können. (Sehr gut, rechts.) Das Schlimmste was uns entgegen ist, sind die Vorurtheile, welche immer sich gegen diejenigen richten, die aus ihrem Glauben kein Hehl machen (oh, oh), sie werden aber schwinden, weil sie nicht auf bösem Willen beruhen. Will man einen Popanz, auf den man losschlagen kann, nun dann in Gottes Namen, obwohl es nicht angenehm ist, sich karritirt zu sehen, und es leichter sein mag, zu karrikiren, als witzig zu sein. Was wir anstreben müssen, ist die Einigkeit Preußens und Deutschlands. Steuern wir nicht in unbekanntem Meere, nicht jetzt, wo am Horizonte Stürme aufsteigen. Das Testament Friedrich Wilhelm III., der die schwerste Zeit durchgemacht und in den Abgrund des deutschen Zwiespalts geschaut hat, sollte noch jetzt vor Aller Augen sein. Rütteln wir nicht am Schlußstein des europäischen Staaten-Systems, das stürzende Gewölbe möchte mit seinem Schutt auch Preußen bedecken. Gott schütze Preußen, Gott schütze Deutschland! (Bravo aus der katholischen Fraktion).

Abg. v. Puttkammer: Der Commissions-Antrag gehe ihm eigentlich nicht weit genug; sollte die hessische Frage dahin führen, daß der Bundestag gesprengt werde, so würde er darin ein Glück sehen. Er möchte gern von der Commission wissen, was unter der von Preußen zu entwickelnden „Energie" zu verstehen sei; er hoffe, es heiße: „volle Kraft" auch im äußersten Falle, damit die preußenfeindlichen Regierungen erfahren, daß Preußen vor keiner Consequenz zurückschreckt. Er schließe mit dem innigen Wunsche, daß das brave hessische Volk endlich aus seiner traurigen Lage befreit werde, durch Preußens Wort und, wenn es sein müsse, durch Preußens Schwert. (Bravo rechts.)

Minister v. Schleinitz: Der Abg. v. Blankenburg hat es für nöthig gehalten, gestern ein spezielles Mißtrauens-Votum gegen mich auszusprechen. Sollte dies ein Unglück sein — worüber ich noch nicht ganz einig mit mir bin — (große Heiterkeit rechts) so werde ich mich in mein Mißgeschick finden. Einstweilen hält mich aufrecht, daß der genannte Abgeordnete die Bitterkeit seines Votums durch die Erklärung zu milden großmüthig genug gewesen ist, daß er im Ganzen mit unserer Politik einverstanden sei, und daß nur die Befürchtung, für einen Demokraten oder einen Anhänger meiner Person zu gelten, ihn davon abhält, für den Commissions-Antrag zu stimmen. Auch der Gedanke ist mir tröstend, daß ich wohl so lange das Vertrauen dieses Herren nicht genießen werde, so lange ich hier auf dieser Stelle sitze. Uebrigens kann ich dem Abgeordneten die beruhigende Versicherung geben, daß die Politik der Regierung, die er als eine so schwankende bezeichnet, stark genug sein wird — sei es mit seiner Unterstützung, sei es ohne, ja sei es gegen dieselbe — sich vor dem Falle zu bewahren. (Heiterkeit und Zustimmung rechts.)

Die Diskussion ist damit geschlossen; das Wort erhält als Antragsteller

Abg. v. Vincke (Hagen): Zunächst erlauben Sie mir, eine Kleinigkeit abzumachen. Es hat der erste Redner, welcher gestern auf dieser Tribüne stand, gesagt, daß er und seine Freunde sich der Betheiligung an der Debatte und Abstimmung enthalten werden. Wenn die Angelegenheit wirklich für diese Abgeordneten eine ausländische Angelegenheit sein sollte, so verlange ich dennoch von ihnen dasselbe warme Interesse, welches wir ihren Angelegenheiten neuerlich widmeten. Ich behaupte aber, es ist für sie keine auswärtige Angelegenheit. Vermöge der europäischen Traktate, welche von den Herren aus Posen so oft angezogen werden, wenn es sich um ihre Angelegenheiten handelt, sind die Herren Preußen, sitzen hier auf Grund der preußischen Verfassung und sind meiner Ansicht nach verpflichtet, dazu mitzuwirken, wenn es sich um die Größe Preußens handelt, und wenn sie dies nicht wollen, so werden sie von uns nicht erwarten, daß wir uns ferner um ihre Angelegenheiten kümmern. —

Die wichtigsten Angelegenheiten eines jeden Staates sind die auswärtigen, und wenn die Herren, deren Ansicht der Abg. v. Blanckenburg gestern Ausdruck gegeben, sich auch stets von uns getrennt haben, so wissen wir doch seit gestern, daß sie sich wenigstens doch von ihren früheren Ansichten getrennt und eingesehen haben, daß man Preußen nicht schlechter dienen kann, als wenn man österreichische Politik verfolgt. Die Umkehr dieser Partei, das muß ich hier constatiren, datirt von dem Augenblick an, als der Herr von Bismark-Schönhausen die Geschäfte eines preußischen Gesandten am Bunde übernahm und sich dort überzeugte, daß Oesterreichs Politik dar-

auf hinausging, Preußen zu erniedrigen. Daß das verehrte Mitglied sich noch nicht entschließen kann, für einen Antrag zu stimmen, welcher von uns ausgeht, so wissen wir doch, daß eine Zeit kommen wird, in welcher es mit uns stimmen wird, weil ich glaube, daß die Diplomatie, welche Preußen so viel geschadet hat, sich überzeugen wird, daß es endlich an der Zeit ist, preußische Politik zu machen. Ich hoffe, daß das Mitglied dann einmal einen Antrag einbringen wird, mit welchem wir vollkommen einverstanden sein können; ich werde dann der erste sein, der Ja sagt. — Ich habe ferner als Thatsache zu constatiren, daß die demokratische Partei Manches gelernt und Manches vergessen hat. Die große Majorität des Volkes hat die Verfassung, auf Grund deren wir hier sind, anerkannt, aber es ist allerdings beklagenswerth, daß noch eine Partei in diesem Hause sitzt, deren auswärtige Politik einen Centralpunkt hat, welcher heißt Rom — und der Weg dahin führt über Wien! Man hat davon gesprochen, man wisse nicht, was das preußische Volk gegen die Concordate hätte. Darauf kann ich nur erwidern, daß das Volk nicht will, daß über seine Angelegenheiten anders entschieden werden soll, als durch die Gesetze, daß aber darüber nicht concordirt werden soll mit auswärtigen Mächten. (Bravo.) Dem Mitgliede für Köln, welches die Concordate in Schutz nahm, kann ich allerdings kein Knallbonbon entgegenhalten; ich glaube aber, vor einiger Zeit sind die Reden der beiden Herren herausgegeben, und ich warne sie davor, etwa bei einer zweiten Auflage auch die beiden letzten Reden veröffentlichen zu lassen. (Heiterkeit.) — Im Vorbeigehen will ich noch konstatiren, daß wenn von den Rednern gegen den Antrag das Argument aus der Vereidigung des Heeres auf die Verfassung hergeleitet ist, der Kurfürst von Hessen habe nicht auf die Offiziere rechnen können, dies eben nur der Fall war, weil der Eid auf die Verfassung sie hinderte, den ungesetzlichen Befehlen Folge zu leisten, und daß dies eben den Kurfürsten veranlaßt hat, den Bundestag zur Hilfe zu rufen. Was die angebliche oppositionelle Haltung des kurhessischen Landtages dem Ministerium Eberhard gegenüber betrifft, so weiß ich nicht, wie dies ein Vorwurf sein kann. Wir handeln nicht nach einem politischen Standpunkte, sondern wir fragen einfach, was Recht ist. Wenn sich das Mitglied darüber wundert, daß einem Ministerium Opposition gemacht wird, dann brauchte es nicht nach Hessen zu gehen, es hätte einfach hier an der Straße bleiben können, an der dies Haus liegt (Heiterkeit; beide Häuser liegen bekanntlich an der Leipzigerstraße). Wie eine solche Opposition zu Stande kommen kann, namentlich den Hassenpflugschen Maßregeln gegenüber, brauche ich nicht zu wiederholen; ich will Ihnen nur das Wort eines Staatslehrers, eines alten Publizisten, dessen Namen einen soliden Klang hat, anführen, das Wort des Johann Jakob Moser; derselbe sagte, sobald ein Landesherr einem Collegium etwas befiehlt, von dem man weiß, daß es gegen die Verfassung des Landes geht, so thue man es nicht und leide lieber die Folgen. Danach haben die Beamten in Hessen gehandelt trotz aller Drohungen. Es ist bekannt, daß kurhessische Richter, weil sie an der Verfassung festhielten, vor Kriegsgerichte von gemeinen Soldaten gestellt wurden, weil sie nicht nach unrechtmäßigen Verordnungen von Hassenpflug haben urtheilen, sondern gegen sie erkannt haben. Man hat von blinden Hessen gesprochen. Blind sind die Hessen allerdings; blind in dreifacher Beziehung; blind, weil sie den Befehlen ihres Landesherrn gefolgt, auf allen Schlachtfeldern tapfer geblutet haben, auch als er sie nach Amerika verkaufte, und weil sie trotzdem treu geblieben sind; blind, weil trotzdem das Familienleben von oben herab nur ein negatives Beispiel für alle Bürger im Lande gewesen ist, sie doch ihm Treue bewahrten; blind aber auch, weil sie sich durch Gewaltmaßregeln nicht haben abhalten lassen, den Eid zu halten, welchen sie auf die Verfassung geleistet. Wir könnten uns gratuliren, wenn wir diese Blindheit überall und für alle Zukunft auch hier im Hause anträfen (Bravo). — Der Abg. von Blankenburg hat nun über die Octroyirung von Verfassungen gesprochen. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir zu bemerken: es mag richtig sein, daß eine Menge von Verfassungen octroyirt worden sind. Bei uns sind die Octroyirungen nachträglich von der Landesvertretung genehmigt; in Hessen jedoch nicht. Ferner ist anderswo octroyirt, weil tabula rasa war und eine Verfassung erst geschaffen werden sollte; in Hessen war das nicht der Fall. Ich glaube diesen Gründen gegenüber wird der Abg. v. Blankenburg vielleicht zugeben, daß sein Widerspruch von selbst in sich zusammenfällt. — Was den alten Bundestag betrifft, so hat der Abg. von Carlowitz bereits genügende Beweise geliefert, daß das Leben des Bundestages zu den Kapiteln gehört, welche Niemand gern berührt, da sich Niemand gern mit unreinen Dingen abgiebt (Heiterkeit). Nur eine Kleinigkeit will ich seinen Mittheilungen hinzufügen, nämlich daß in dem braunschweigschen Falle der Bundestag den König von Großbritannien und Irland gegen sich hatte, mit dem er nicht gern anbinden mochte. Dieser Fall giebt also nicht einen Beweis für die Macht des Bundestages, sondern viel eher für dessen Ohnmacht. Hiermit können wir wohl, wenn Sie erlauben, von dem Bundestage scheiden. (Heiterkeit.) Der Bundestag ist todt durch ein von allen Regierungen anerkanntes Gesetz. Für mich existirt er rechtlich nicht mehr. Durch einen merkwürdigen Zufall bin ich in Folge einer Einladung des damaligen Präsidialgesandten, Hrn. v. Schmerling, selbst in der Sitzung der Bundesversammlung zugegen gewesen und habe die feierliche Stimmung mit angesehen, in welcher die Bundesversammlung sich in Anwesenheit des Reichsverwesers selbst für aufgehoben erklärte. Von demselben Gesichtspunkte ist auch die preußische Regierung ausgegangen; ich erlaube mir in dieser Beziehung anzuführen, was der mir gegenübersitzende Herr Minister des Auswärtigen unter dem 25. August 1850 an den k. Gesandten in Wien geschrieben hat. Es heißt darin: es hat für uns niemals einem Zweifel unterlegen, daß die Bundesversammlung rechtlich und für immer aufgehört hat. Nun, meine Herren, wer für immer gestorben ist, dem ist nicht zu helfen. (Heiterkeit).

Ich habe auch in meinem Antrag nichts vom Bundestag gesagt, weil er für mich aufgehört hat zu existiren; keine amtliche Handlung des vorigen Ministeriums konnte ihn ins Leben zurückrufen; denn es stand ihm kein Recht zu, Verträge von einer solchen Tragweite abzuschließen, Verträge, bei denen es sich um Krieg und Frieden handelt; es stand ihm kein Recht zu, eine Behörde wieder einzusetzen, die einen solchen Einfluß auf die Angelegenheiten Deutschlands haben sollte, die vielleicht in unsere Berathungen hier eingreifen, uns die Oeffentlichkeit entziehen könnte, wenn wir uns, wie z. B. heut mit einer gewissen Freimüthigkeit über sie aussprechen. (Heiterkeit.) Ich erkläre, die Regierung war nicht im Recht, durch ihren Beitritt die Bundes-Versammlung wieder ins Leben zu rufen; ich nehme also durchaus keine Notiz von ihr. Wenn der Abgeordnete für Bonn, Braun, das einzige Commissions-Mitglied, welches in dieser Frage eine dissentirende Stimme abgegeben hat, seinerseits erklärt, daß er den Bundestag aufrecht erhalten wissen wolle, weil er wenigstens eine Krücke sei, so muß ich meinerseits bekennen, daß ich wünsche, diese Krücke möge bald brechen. Ich glaube, Deutschland kann sich ohne Krücke behelfen, wenn es den Weg geht, der ihm durch seine Natur und das Recht angewiesen ist. (Bravo.) Es heißt das übrigens nichts Anderes, als: Deutschland solle den Bundestag als Krücke aufrecht erhalten, weil sonst möglicherweise diese Krücke, der Bundestag, zerbrechen könne. (Heiterkeit.) Sollte mir also der Name Bundestag ohne den Zusatz „sogenannt" entschlüpfen, so werden Sie mich verstehen. (Heiterkeit.) Was nun die Ansicht des Herrn v. Carlowitz betrifft, daß mein Antrag nur auf einem Umwege zu demselben Ziele führen solle, welches er auf directem Wege zu erreichen gedenke, nämlich zu dem Austritt Preußens aus dem Bunde, so kann ich dem nicht entschieden widersprechen, bin aber der Ansicht, daß man nicht mit einemmale zwei Schritte machen, sondern sich zuerst mit einem begnügen müsse. Von einer Rechtskontinuität will ich nicht sprechen; denn was nicht rechtlich bestand, braucht auch nicht rechtlich aufgehoben zu werden. Aber es giebt dabei doch gewisse Nützlichkeitsprinzipien, wie z. B. in England, wo das folgende, anders denkende Ministerium die Handlungen seiner Vorgänger auch nicht verleugnet. Unsere Regierung scheint ebenso gedacht zu haben, als sie den Zusammenhang Preußens mit dem jetzigen Bundestage bestehen ließ; sie kann also auch nicht Knall und Fall aus demselben austreten. Wenn das einst geschehen soll, so müßten wir einen eklatanten Fall abwarten. In Bezug auf diese, die hessische Frage genügt es, den Standpunkt des Rechts unverrückt festzuhalten. Ich will den Augenblick dieses Zurücktretens hier nicht näher bezeichnen; er würde z. B. eintreten, wenn die Bundesversammlung beschließen sollte — wie sie 1850 beschlossen — daß die Rechte der Stände und des Volks in Kurhessen durch Waffengewalt unterdrückt werden sollten. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen, wo wir aus dem Bunde austreten müßten, weil wir damals schon hätten austreten müssen, als wir das hessische Volk gegen eine unberechtigte Gewalt schützen mußten. Deshalb bin ich für meinen Antrag, und ich bitte Sie, nicht zwei auf einmal thun.

Ich will bei dieser Gelegenheit noch etwas hinzufügen, was ich vorher vergessen, eine Erwiederung nämlich auf die Bemerkung des Abg. Reichensperger über die Bedeutung des Waffenstillstandes von Malmoe. Ich behauptete nicht, daß der ganze Bund nicht gehindert gewesen sei; das habe ich nie behauptet und behaupte es auch hier nicht; wohl aber hat der Bundestag behauptet. Auch giebt es durchaus keine Analogie zwischen jener völkerrechtlichen und dieser deutschen Frage. Wenn man einen Waffenstillstand schließt, weil man nicht die Kraft hat, das Recht des Volkes gegen die Gewalt der Waffen aufrecht zu erhalten, so ist das ein ganz anderer Standpunkt, als wenn man, wie hier, das gute Recht eines deutschen Volksstammes aufrecht erhalten will.

Ich bin übrigens auch jetzt noch der Ansicht, daß ein Organ da sein müsse, welches manche allgemein deutsche Angelegenheiten verwalten, z. B. die Inspektion über die deutschen Bundesfestungen haben müsse. Daß aber ein derartiges Organ befugt sei, sich solche Rechte anzumaßen, wie der jetzige Bundestag, das kann ich nicht anerkennen.

Wie hohe politische Interessen Preußens bei dieser Angelegenheit auf dem Spiele stehen, brauche ich wohl kaum zu erwähnen. Hessen, Hannover und Braunschweig trennen das Gebiet Preußens; über jene Länder hin reichen wir, die wir hier sitzen, uns die Hände. Um so wichtiger sind sie für uns, um so mehr haben wir die Pflicht, sie rechtlich zu unterstützen. Aber es giebt eine Pflicht, die ich höher rechne, als alle andere, das ist die Aufrechterhaltung der politischen Ehre. Wir sind verpflichtet, den Hessen beizustehen; sie haben zu uns gestanden, haben sich damals der Union angeschlossen, und Graf Brandenburg hat sich in seinen Erklärungen vom 21. und 26. September verpflichtet, das hessische Volk und sein Streben kräftig zu unterstützen. An uns ist es jetzt, meine Herren, die Verpflichtung jenes Mannes einzulösen, der zu Grunde ging vor Schmerz, daß er sein Wort nicht halten konnte, dem Preußens Erniedrigung das Herz brach. (Bravo.)

Ich spreche nicht gern über Abwesende — der Mann, den ich meine, ist nicht in diesem Hause — sonst würde ich weitergehen. Die deutschen Regierungen mögen übrigens beherzigen, daß auf demselben Wege, wie gegen Hessen, auch gegen sie eingeschritten werden kann. In allen deutschen Verfass. befinden sich zum Theil fast wörtlich dieselben Artikel, wie in der hessischen; was man dort gethan, kann man leicht auch anders wo versuchen. (Sehr wahr). Glücklicherweise denken die Völker nicht überall, wie ihre Regierungen. In Hannover giebt es Männer, welche glauben und der Regierung mit kräftigen Worten zeigen (Bravo), daß man sehr gut zugleich das Recht des Landes und deutsche Ehre wahren könne, und während in Baiern derselbe Herr v. d. Pfordten, der in Sachsen eine Leichenfeier für Robert Blum veranstaltete (Hört! Hört!), den Kammern jene bekannte Erklärung über den Zweck des Einmarsches in Hessen gab, fehlte es nicht an ehrenwerthen Persönlichkeiten, wie Lerchenfeld und Lasaulx, die mit Entschiedenheit für das Recht Hessens auftraten. Das sind unsere deutschen Bundesgenossen. Die Regierungen der Kleinstaaten werden immer gegen Preußen sein; die Kleinen sind immer gegen die Großen. Dennoch, obgleich man Preußen immer herabzuziehen sucht, stellt man die größten Ansprüche an uns. Es wäre also auch die Pflicht jener Staaten, uns zu unterstützen. Leider vermißt man diesen einfachen Grundsatz in ihrer Politik, vielleicht, weil sie sich über das, was sie wollen, selbst nicht ganz klar sind. Die Sympathie, welche in diesen, namentlich in den süddeutschen Staaten für Oesterreich herrscht, läßt sich übrigens vielleicht daraus erklären, weil Oesterreich keine Ansprüche an jene Staaten macht. Oesterreich ist nicht im Stande, die einfachsten Bestimmungen der Bundesakte zu erfüllen, nicht einmal Art. XIII, welcher jedem deutschen Staate eine Verfassung gewährt wissen will. Oesterreich ist nicht im Stande irgend einen nützlichen Einfluß auf Deutschland auszuüben. Es hat nur die Wahl, entweder das Programm von Kremsier aufrecht zu erhalten, durch welches es sich von Deutschland zurückzieht, oder auf absolutistischem Boden stehen zu bleiben, ein Standpunkt vielleicht gut für Croaten und Panduren, aber nicht für Deutsche. Oesterreich also sagt sich vollständig von Deutschland los; so lange es Verfassungen in Deutschland giebt, ist an einen innigen Anschluß nicht zu denken. Und wenn man sich der Beleidigungen erinnert, welche Oesterreich nach dem Frieden von Villafranca gegen Preußen ausgesprochen, so wird sicherlich Niemand behaupten, daß Preußen von selbst mit Oesterreich gehen könne. Und wären wir vorher mit Oesterreich gegangen, so hätte das wahrscheinlich keine andere Folge gehabt, als daß Oesterreich auf unsere Kosten Frieden geschlossen und Louis Napoleon das linke Rheinufer garantirt hätte, daß wir also auch diese Herren (auf die Katholiken deutend) verloren hätten, was ich sehr beklagen würde (Heiterkeit). Niemand kann also verlangen, daß wir uns auf Oesterreich, welches nichts gelernt und nichts vergessen hat, auf Oesterreich, dessen Finanzen zerrüttet sind und in Feindschaft mit Rußland steht, stützen sollen. Würde unsere Regierung dazu die Hand bieten, so würde ich ihr gewiß mein Votum entgegensetzen. Auch der erwähnte Frieden von Basel, wie ich nebenbei anführen will, war kein Werk preußischer Unehrlichkeit, sondern österreichischer Perfidie. Oesterreich wird nie den großen Kurfürsten und Friedrich den Großen vergessen, das sind die beiden Revolutionäre, die es am meisten fürchtet. Was aber das Testament Friedrich Wilhelm III. betrifft, so haben sich seit den Zeiten der heiligen Alliance, die Dinge so geändert, daß wohl Niemand behaupten wird, dieser Monarch, in dessen Brust ein echt preußisches Herz schlug, wäre nach dem Frieden von Villafranca mit Oesterreich gegangen. Ich wenigstens behaupte mit Enschiedenheit: Nein.

Man fragt uns, was wir eigentlich wollen. Wir wollen die Einheit Deutschlands, der deutschen Stämme unter der Führung Preußens und mit Ausschluß Oesterreichs; das ist sehr einfach. (Große Heiterkeit.) Die Hauptgegner einer solchen Einheit sind die Mittelstaaten, die zum Sterben zu groß und zum Leben zu klein sind. Diese Regierungen werden sich der Einheit immer zu entziehen wissen. Ich würde also der Regierung nicht einmal rathen, mit ihnen zu kokettiren. Sie muß ihre Sympathien da suchen, wo sie ihr niemals fehlen werden, im deutschen Volke. Das ist der einzige Moment, wenn sie den benutzt, so werden wir die Einheit Deutschlands sicherlich erreichen. Von solchen Gründen, wie sie der Abg. v. Blankenburg hier vorgebracht hat, dürfen wir uns freilich nicht zurückschrecken lassen. Weshalb sollen wir die Demokraten zurückweisen, wenn sie in der deutschen Frage für uns sind? Sollen wir deshalb das Streben nach deutscher Einheit fallen lassen, weil wir vielleicht für Demokraten gehalten werden könnten? Wenn wir uns von einem solchen Popanz schrecken, von solchen — ich möchte sagen Idiosynkrasien — leiten lassen, so werden wir einmal zur Einheit kommen. Und wenn der Abg. v. Blankenburg sagt, daß er dem jetzigen Minister des Auswärtigen kein Vertrauen schenken könne, so erkläre ich meinerseits, daß ich in der Frage deutscher Einheit gewiß für Hrn. v. Blankenburg stimmen würde, wenn er einst auf der Ministerbank säße und das Prinzip der jetzigen Regierung aufrecht erhielte. (Heiterkeit.) Dagegen habe ich freilich auch meinerseits einige Vorwürfe gegen den Minister des Auswärtigen auszusprechen. Ich kann es nicht billigen, daß man im Auslande, z. B. durch das englische blaue Buch, die Ansichten unserer Regierung eher erfahre, als wir im Inlande sie kennen lernen. Ich kann es nicht billigen, daß der Minister, wenn er sich wirklich einmal ausnahmsweise oben aufgeknöpft, sich den Augenblick darauf eben so fest wieder unten zuknöpfe. (Große Heiterkeit.) Offenheit der Regierung in so wichtigen Fragen würde nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland sehr willkommen geheißen werden, und man kann in Deutschland wirklich nicht eher Sympathien für den Weg der Regierung empfinden, als bis man diesen Weg genau kennt. „Vertrauen weckt Vertrauen." Nur auf diesem Wege der Offenheit ist die Regierung im Stande, sich in allen großen Fragen die Sympathien Deutschlands zu erwerben (mit erhobener Stimme), und nur wenn sie die Heeresvorlagen durch eine solche deutsche Politik motivirte, könnte sie hoffen, unsre Zustimmung für dieselben zu erlangen. Auch das heutige Rom, wie einst das alte, wird nur durch Deutschlands Einheit wahrhaft gefährdet. Schutz des Rechtes zu aller Zeit, Schutz in dieser brennendsten Frage, der hessischen, das ist der beste Schutz Deutschlands. Nicht mit noch so vieler Heeresmacht wird die Regierung Widerstand leisten können gegen Frankreich, sondern wenn sie die nationalen Sympathien sucht; nicht allein Sympathien des Heeres, des Volkes in seiner Gesammtheit, der Landwehr. (Stürmisches Bravo.) Nur auf diesem Wege kann die Regierung Großes erreichen, und an ihm muß sie mit Energie festhalten, die Preußens würdig ist, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, den ich übrigens nicht besorge. Beschränken wir uns für jetzt auf die Vertheidigung des guten Rechtes! Mag dann kommen was da wolle — von den jetzigen Männern der Regierung haben wir keine Schlacht bei Bronzell zu erwarten! Schreiben wir auf unsere Fahne das gute Recht Preußens! Nur in diesem Zeichen werden wir siegen! (Lebhaftes, energisches Bravo!)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Graf Cieszkowski, der beiden Reichensperger, v. Berg, Duncker, v. Blankenburg, Vincke und des Ministers v. Schleinitz erklärt der Berichterstatter Abg. Bürgers, nach den Ausführungen der Vorredner glaube er es gegen die Comm. verantworten zu können, wenn er auf das Wort verzichte.

Der Reichenspergersche Antrag: „In Anbetracht, daß gegenüber der politischen Lage Europas die Sicherheit des gesammten Vaterlandes durch die Einigkeit unter den deutschen Staaten bedingt erscheint, spricht das Haus der Abgeordneten die Erwartung aus, daß die k. Staats-Regierung darauf Bedacht nehmen werde, eine giltige Ausgleichung in Betreff der in der kurhessischen Verfassungsfrage obwaltenden Differenzen herbeizuführen", wird mit großer Majorität abgelehnt, fast nur die Katholiken stimmen dafür. Die Resolution der Comm. wird bei namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 68 Stimmen angenommen; 19 enthalten sich der Abstimmung, unter ihnen die Katholiken; mit der Majorität stimmen v. Prittwitz, v. Rosenberg, Wendt.

Schluß der Sitzung 2¾ Uhr, nächste Sitzung Dinstag 11 Uhr. Tages-Ordnung: Verschiedene kleine Gegenstände, verschiedene kleine Berichte und zwei Petitions-Berichte.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 22. April, Morgens. Die heutige „Wiener Zeitung" sagt, daß die Zeichnungen für die neue Anleihe mehr als 76 Millionen Gulden betragen. Die Vorschüsse, welche die Nationalbank auf dieses Anlehen leistete, sind durch Uebernahme von Prioritäts-, Grundentlastungs-Obligationen aus dem aufgelösten Tilgungsfonds auf 99 Millionen vermindert worden. Hierfür erhält die Bank reichliche Deckung von 120 Millionen der neuen Schuldverschreibungen, welche nach Ausfertigung der Nationalbank übergeben werden sollen, und die nach dem 1. November 1861 leicht vortheilhaft realisirbar sein werden, weil, da das neue Anlehen in festen Händen ist, dasselbe erfahrungsgemäß bald über pari steigen wird. Die Lage der Nationalbank ist daher als consolidirt zu betrachten, und deren Solvenz bald zu erwarten, wenn die allgemeinen Verhältnisse das Streben der Staatsverwaltung und der Bank unterstützen. Jedenfalls ist ein Wendepunkt in dem Stande der Landeswährung eingetreten und eine baldige Besserung derselben anzunehmen.

Die General-Versammlung der Nordbahn-Aktionäre ist zum 21. Mai einberufen worden.

α **Breslau,** 23. April. [Abreise des Herrn Fürstbischofs.] Der Herr Fürstbischof Dr. Förster ist heute Früh nach Berlin abgereist und wird sich von da zur Provinzial-Synode nach Köln, welche am 29. d. M. unter dem Vorsitze Sr. Eminenz des Cardinal-Erzbischofs von Geissel beginnt und voraussichtlich bis gegen Pfingsten dauern wird, begeben.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. April, Nachmittags 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 70, 05, stieg auf 70, 25 und schloß sehr belebt und in sehr fester Haltung. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94⅞ gemeldet.

Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 25. 4½proz. Rente 96, —. 3proz. Spanier 45½. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 530. Credit-mobilier-Aktien 767. Lombard. Eisenbahn-Aktien —. Franz-Joseph —. Oesterr. Kredit-Aktien —.

London, 21. April, Nachmittags 3 Uhr. Der gestrige Wechselcours auf Wien war 13 Fl. 60 Kr., auf Hamburg 13 Mk. 5¾ Sch. Silber 61⅝.

Consols 94¾. 1proz. Spanier 35½. Mexikaner 21½. Sardinier 84. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 97.

Der erschienene Bankausweis ergiebt einen Noten-Umlauf von 21,816,665 Pfd. und einen Metallvorrath von 14,624,686 Pfd.

Wien, 21. April, Mittags 12 Uhr 45 Minuten. Börse geschäftslos.

5proz. Metalliques 69, 40. 4½proz. Metalliques 61, 40. Bank-Aktien 860. Nordbahn 199, —. 1854er Loose 95, —. National-Anlehen 79, 40. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 278, —. Kredit-Aktien 186, 50. London 132, 75. Hamburg 100, 75. Paris 53, —. Gold 133, —. Silber —, —. Elisabetbahn 182, —. Lombardische Eisenbahn 155, —. Neue Lombard. Eisenbahn —. Neue Loose 102, 50.

Die Gesammt-Summe der Zeichnungen für die Anleihe übersteigt 75 Millionen.

Frankfurt a. M., 21. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schwächere Haltung bei unbedeutendem Geschäft.

Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 126½. Wiener Wechsel 87⅞. Darmstädter Bank-Aktien 152½. Darmstädter Zettelbank 223. 5prozent. Metalliques 50⅛. 4½proz. Metalliques 44. 1854er Loose 69⅞. Oesterr. National-Anleihe 57½. Oesterreich.-französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 245. Oesterr. Bank-Antheile 751. Oesterr. Kredit-Aktien 163½. Oesterr. Elisabet-Bahn 132½. Rhein-Nahe-Bahn 42. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 96½. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. —.

Hamburg, 21. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Gegen Schluß etwas matter bei sehr geringem Geschäft.

Schluß-Course: National-Anleihe 58½. Oesterr. Kreditaktien 69½. Vereinsbank 98½. Norddeutsche Bank 82¼. Wien —, —.

Hamburg, 21. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco gute Kauflust, ab auswärts fest gehalten. Roggen loco stille, ab Königsberg 83pfd. pro April 76 zu bedingen, 80pfd. pro Juni à 74 angeboten, ab Schleswig 131pfd. pro Mai-Juni 124—125 bezahlt. Oel pr. Mai 23⅝, pr. Oktober 25⅝. Kaffee fest aber ruhig. Zink fest.

Liverpool, 21. April. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Berliner Börse vom 21. April 1860.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe	4½	99¾ G
Staats-Anl. von 1850 52, 54, 55, 56, 57	4½	99½ bz.
dito 1853	4	93 G.
dito 1859	5	104 bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	83¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	113 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	99 G.
Pfandbr. Kur- u. Neumärk.	3½	87⅝ B.
Pfandbr. dito dito	4	98⅛ bz.
Pfandbr. Pommersche	3½	85¾ B.
Pfandbr. dito neue	4	95 bz.
Pfandbr. Posensche	4	— —
Pfandbr. dito	3½	89¾ G.
Pfandbr. dito neue	4	88 B
Pfandbr. Schlesische	3½	86¼ G.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk	4	93 G.
Rentenbriefe Pommersche	4	92¼ G.
Rentenbriefe Posensche	4	90½ G.
Rentenbriefe Preussische	4	92 B.
Rentenbriefe Westf. u. Rhein.	4	91⅞ G.
Rentenbriefe Sächsische	4	93¼ bz.
Rentenbriefe Schlesische	4	92⅞ bz.
Louisdor	—	108⅞ bz.
Goldkronen	—	9. 2⅜ bz. u. G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall.	5	51 bz
dito 54er Pr.-Anl.	4	71 B.
dito neue 100 fl.L.	—	50½ G.
dito Nat.-Anleihe	5	59 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	106¾ B.
dito 5. Anleihe	5	95 bz.
do.poln.Sch.-Obl.	4	84½ G.
Poln. Pfandbriefe	4	—
dito III. Em.	4	86¾ G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90¼ à 90 bz.
dito à 300 Fl.	5	92¾ [illegible]
Kurhess. 40 Thlr.	—	[illegible]
Baden 35 Fl.	—	[illegible]

Actien-Course.

	Div. 1859	Z. F.	Cours
Aach. Düsseld.	[illegible]	3½	71½ G.
Aach.-Mastricht	[illegible]	4	[illegible]
Amst.-Rotterd.	[illegible]	4	[illegible]
Berg. Märkische	[illegible]	4	[illegible]
Berlin-Anhalter	[illegible]	4	[illegible]
Berlin-Hamburg	[illegible]	4	[illegible]
Berl.-Ptsd.-Mgd.	[illegible]	4	[illegible]
Berlin-Stettiner	[illegible]	4	[illegible]
Breslau-Freib.	[illegible]	4	[illegible]
Cöln-Minden	[illegible]	3½	[illegible]
Franz. St.-Eisenb.	[illegible]	5	[illegible]
Ludw.-Bexbach	[illegible]	4	[illegible]
Magd. Halberst.	[illegible]	4	[illegible]
Magd.-Wittenb.	[illegible]	4	[illegible]
Mainz-Ludwigsh.	[illegible]	4	[illegible]
Mecklenburger	[illegible]	4	[illegible]
Münster-Hamm	[illegible]	4	[illegible]
Neisse-Brieger	[illegible]	4	[illegible]
Niederschles.	[illegible]	4	[illegible]
N.-Schl. Zwgb.	[illegible]	4	[illegible]
Nordb. (Fr.-W.)	[illegible]	4	[illegible]
dito Prior.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Oberschles. A.	[illegible]	3½	[illegible]

	Div. 1859	Z. F.	Cours
Oberschles. B.	6⅟₁₂	3½	109¾ bz.
dito C.	6⅟₁₂	3½	118½ bz.
dito Prior. A.	—	4	92 G.
dito Prior. B.	—	3½	78½ G.
dito Prior. D.	—	4	84¾ B.
dito Prior. E.	—	3½	72¼ bz.
dito Prior. F.		4½	89 G.
Oppeln-Tarnow.	—	4	29¼ bz. u. G.
Prinz-W.(St.-V.)	2½	4	48 G.
Rheinische	—	4	80 bz.
dito (St.) Pr.	—	4	— — —
dito Prior.	—	4	— — —
dito v. St. gar.	—	3½	— — —
Rhein-Nahe-B.		4	42 bz.
Ruhrort-Crefeld.	—	3½	71¼ G.
Starg.-Posener	—	3½	79¾ G.
Thüringer	5⅙	4	98¼ bz
Wilhelms-Bahn.	—	4	32 G.
dito Prior.	—	4	— — —
dito III Em.	—	4½	— — —
dito Prior. St.	—	4½	— — —
dito dito	—	5	— —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1859	Z. F.	Cours
Berl. K.-Verein	5⅞	4	117¼ G.
Berl. Hand.-Ges.	—	4	76½ etw. bz.
Berl. W.-Cred G.	—	5	90½ B.
Braunschw. Bnk.	4	4	66 b.
Bremer „	5	4	95 G.
Coburg. Crdit.A.	2	4	48 G.
Darmst.Zettel-B	4	4	88½ G.
Darmst (abgest.)	—	4	60¼ G.
Dess.Creditb.-A	—	4	16⅜ à ¾ bz
Disc.-Cm.-Anth	—	4	78¾ à 79¼ bz.
Genf.Creditb.-A	—	4	26 bz excl Cp.
Geraer Bank	3½	4	70 G.
Gothaer Priv.-B.	[illegible]	4	[illegible]
Hamb. Nrd. Bank	[illegible]	4	[illegible]
Hamb. Ver.-Bank	[illegible]	4	[illegible]
Hannov.	[illegible]	4	[illegible]
Königsb. Priv.	[illegible]	4	[illegible]
Leipziger	[illegible]	4	[illegible]
Luxemb. Bank	[illegible]	4	[illegible]
Magdb. Priv.-Bk.	[illegible]	4	[illegible]
Mein. Credit-A.	[illegible]	4	[illegible]
Minerva-Bg.-A.	[illegible]	5	[illegible]
Moldau Bank	[illegible]	4	[illegible]
Oesterr. Credit	[illegible]	5	[illegible]
Pomm. Ritt.-Bk.	[illegible]	4	[illegible]
Pos. Prov.-Bank	[illegible]	4	[illegible]
Preuss. B.-Anth.	[illegible]	4½	[illegible]
Schl. Bank-Ver.	[illegible]	4	[illegible]
Thüringer Bank	[illegible]	4	[illegible]
Weimar. Bank	[illegible]	4	78¾ etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	[illegible]
dito	2 M.	[illegible]
Hamburg	k. S.	[illegible]
dito	2 M.	[illegible]
London	3 M.	[illegible]
Paris	2 M.	[illegible]
Wien österr. Währ.	2 M.	[illegible]
Augsburg	2 M.	[illegible]
Leipzig	8 T.	[illegible]
dito	2 M.	[illegible]
Frankfurt a. M.	2 M.	[illegible]
Petersburg	3 W.	[illegible]
Bremen	8 T.	[illegible]

Theater-Repertoire.

Montag, den 23. April. (Kleine Preise.) **„Titus."** Große heroische Oper in 2 Aufzügen, nach Metastasio und Mazzola von D. v. Apell. Musik von Mozart, mit den von Seyfried bearbeiteten Recitativen.

☞ Wegen Indisposition der Frau Jauner-Krall kann die zweite Aufführung der Oper: **„Dinorah"** erst morgen stattfinden.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.

Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich)